

10 Zeittafel der Hitlerzeit

Veröffentlicht im Auftrag des für die Herausgabe verantwortlichen Volkacher Bundes

Sehr dankbar bringen wir diese Zeittafel, die die Untengenannten dem Freiburger Rundbrief zur Veröffentlichung zur Verfügung stellen.* (Die Redaktion des FR).

Vorrede der Bearbeiter:

Die Zeittafel der Hitlerzeit, die wir hier vorlegen, ist als Hilfsmittel gedacht bei der Beschäftigung mit den zwölf Jahren, deren Studium den Deutschen, solange sie ihre Geschichte werden fortsetzen können, auferlegt sein wird. Sie kann zu einem ersten Überblick dienen, zur Erneuerung und Kontrolle des Gedächtnisses, zur Vergewärtigung des Gewussten, zur Korrektur und Erweiterung bestehender Vorstellungen, den nachwachsenden Generationen als Leitfaden auf dem Weg von der Legende zum kritischen Urteil. Sie kann nur ein Skelett zeigen, an dem aber doch die Verknüpfung der Teile noch sichtbar wird; deshalb kann sie auch im Zusammenhang gelesen werden und wird dann dem Leser die Dramatik des Ablaufs auf ihre Art fühlbar machen.

Im gesetzten Rahmen haben wir hauptsächlich zweierlei erstrebt: Zuverlässigkeit und Ausgewogenheit. Die Geschehnisse wurden so beschrieben, dass alles nicht sicher Feststellbare ausgeschieden blieb. Der entwaffnende Sprachgebrauch der Hitlerbewegung wurde genau erhoben und für die Formulierung der historischen Akte herangezogen. Was die Ausgewogenheit der aufgenommenen Daten anlangt, so wird jedem Leser das Gewicht auffallen, das Handlungen und Versuche des Widerstands erhalten haben, während andererseits die Kriegseignisse und die Willensbildung der Kriegsgegner ganz

* Diese Dokumentation ist auch als Sonderdruck aus Folge XXV erhältlich (s. u. S. 182).

knapp behandelt sind. Aber obwohl das Kriegsgeschehen ungeheure Schicksale umschloss und den Ausgang bestimmt hat, was dem Widerstand versagt war, blieb es im Vergleich zu diesem doch ein historisch Äusseres. Wenn wir dem christlich bestimmten Widerstand besonderen Raum gegeben haben, so deshalb, weil er den weitesten Weg zurückzulegen hatte, am tiefsten ansetzte und schliesslich gegen den Rückfall in tödlichen Götzendienst das am wenigsten getrübbte Zeugnis geleistet hat.

Werturteile haben wir aus dem Text tunlichst ferngehalten; dass sie hinter den Formulierungen wie schon hinter der Auswahl stehen, ist selbstverständlich.

Die Zeittafel kann nicht kenntlich machen, wie die Hitlerzeit erlebt wurde. Unter den Geschehnissen, die sie verzeichnet, waren viele zu ihrer Zeit nicht oder nur entstellt bekannt, darunter fast alles, was den Widerstand betraf. Aus der Zeittafel kann auch nicht entnommen werden, welche Wandlungen im Sozialgefüge und gesellschaftlichen Bewusstsein sich an die Vorgänge der Hitlerzeit angeschlossen haben; diese Wandlungen, von den Machthabern nur ungenau und ohne Aufrichtigkeit erstrebt, lassen sich kaum mit einzelnen Daten verknüpfen.

Übernommen haben wir unsere Arbeit im Auftrag des für die Herausgabe verantwortlichen Volkacher Bundes, einer 1933 verbotenen Vereinigung, die sich die Hitlerzeit, wie sie erlebt wurde, zum Thema eines Jahres gewählt und als Hilfsmittel einer ersten Form dieser Zeittafel bedient hatte. Für die Mithilfe sachkundiger Aussenstehender haben wir zu danken.

Tübingen und Stuttgart, im Juni 1971

Willi Birn
Regierungspräsident
von Südwürttemberg-
Hohenzollern

Dr. Hedwig Maier
Landgerichtsdirektorin a. D.
in Tübingen

Dr. Kurt Held
Ministerialdirigent
im Staatsministerium
Baden-Württemberg

Dr. med. Otto Müller
Facharzt in Stuttgart

Dr. Erwin Küster
Oberregierungsrat
in Stuttgart

Dr. jur.
Hans Georg Müller-Payer
Redakteur in Stuttgart

Dr. h. c. Otto Küster
Rechtsanwalt in Stuttgart

Karl Dietrich Raiser
Senatspräsident
am Oberlandesgericht
Stuttgart

1929	24. Oktober	Die beginnende Weltwirtschaftskrise offenbart sich im Zusammenbruch der New Yorker Börse.
1930	14. September	Reichstagswahl: Die Nationalsozialisten werden mit 107 Sitzen die zweitstärkste Fraktion.
1931	13. Juli	Zusammenbruch der Danat-Bank; mehrtägige Schliessung der Bankschalter. Die Regierung Brüning drängt auf Erleichterung der Reparationslasten und leitet eine konsequente Deflationspolitik ein (Notverordnungen). Steigende Arbeitslosenzahl (zuletzt 6 Millionen).
	11. Oktober	»Harzburger Front« aus NSDAP und Deutschnationalen (Hugenberg).
1932	10. April	Hindenburg wird gegen Hitler mit den Stimmen seiner Gegner von 1925 zum Reichspräsidenten wiedergewählt (19,4 zu 13,4 Millionen).
	13. April	Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsautorität: Auflösung der SA und SS; ausser Kraft gesetzt am 16. Juni 1932.
	30. Mai	Hindenburg entlässt Brüning, »100 Meter vor dem Ziel«, und ernennt den katholischen Konservativen von Papen zum Reichskanzler; General von Schleicher wird Reichswehrminister.

1932	16. Juni – 9. Juli	Die Konferenz von Lausanne beendet die Reparationen.																
	20. Juli	Papen enthebt die sozialdemokratisch geführte preussische Regierung ihres Amtes und bestellt sich zum Reichskommissar für Preussen. Die Angst vor einem Bürgerkrieg und vor dem Kommunismus lässt die Republikaner ihre Sache verloren geben.																
	31. Juli	Reichstagswahl: Die Nationalsozialisten erhalten 230 Sitze und werden die stärkste Partei.																
	13. August	Hindenburg empfängt Hitler.																
	22. August	Hitler telegraphiert an die wegen gemeinschaftlicher Ermordung eines politischen Gegners im oberschlesischen Potempa verurteilten vier SA-Männer: Angesichts des ungeheuerlichen Bluturteils fühle er sich mit ihnen in unbegrenzter Treue verbunden. Papen begnadigt die Mörder.																
	6. November	Reichstagswahl: Die Nationalsozialisten gehen auf 195 Sitze zurück.																
	3. Dezember	Schleicher wird, nachdem er Hindenburgs und Papens Plan einer Verfassungsänderung vereitelt hat, selbst Reichskanzler.																
	8. Dezember	Gregor Strasser, der bedeutendste Gegenspieler Hitlers innerhalb der NSDAP, fällt im Benehmen mit Schleicher von Hitler ab; niemand folgt ihm.																
1933	30. Januar	Hitler wird von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt. Die Regierung besteht aus 3 Nationalsozialisten und 9 Konservativen. Schleicher muss sein Amt als Wehrminister an Blomberg abgeben.																
	4. Februar	Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes: Ermöglicht Versammlungs- und Presseverbote.																
	22. Februar	Verordnung Görings, damals preussischer kommissarischer Innenminister, über die Bildung einer Hilfspolizei aus SA, SS und Stahlhelm in Preussen. In der Folge gleiche Verordnungen in den anderen deutschen Ländern.																
	27. Februar	Brand des Reichstagsgebäudes.																
	28. Februar	Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat: Ausserkraftsetzung der Grundrechte, Ausdehnung der Todesstrafe; die Reichsregierung kann die Befugnisse der obersten Landesbehörden vorübergehend wahrnehmen. 4000 kommunistische Abgeordnete und Funktionäre werden verhaftet; Verbot der kommunistischen und sozialdemokratischen Presse.																
	5. März	Reichstagswahl. Verteilung der insgesamt 647 Sitze: <table><tr><td>Nat.-Soz. Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP)</td><td>288</td></tr><tr><td>Deutschnationale Volkspartei (DNVP)</td><td>52</td></tr><tr><td>Deutsche Volkspartei (DVP)</td><td>2</td></tr><tr><td>Deutsche Demokratische Partei (DDP)</td><td>5</td></tr><tr><td>Zentrumspartei</td><td>73</td></tr><tr><td>Bayr. Volkspartei und sonstige</td><td>26</td></tr><tr><td>Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)</td><td>120</td></tr><tr><td>Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)</td><td>81.</td></tr></table>	Nat.-Soz. Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP)	288	Deutschnationale Volkspartei (DNVP)	52	Deutsche Volkspartei (DVP)	2	Deutsche Demokratische Partei (DDP)	5	Zentrumspartei	73	Bayr. Volkspartei und sonstige	26	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	120	Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)	81.
Nat.-Soz. Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP)	288																	
Deutschnationale Volkspartei (DNVP)	52																	
Deutsche Volkspartei (DVP)	2																	
Deutsche Demokratische Partei (DDP)	5																	
Zentrumspartei	73																	
Bayr. Volkspartei und sonstige	26																	
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	120																	
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)	81.																	
	5. – 18. März	Gleichschaltung der Länderregierungen und damit des Reichsrats mit Hilfe der Verordnung vom 28. Februar.																
	13. März	Zum »Minister für Volksaufklärung und Propaganda« wird Goebbels, seit 1926 Gauleiter von Berlin, ernannt.																
	21. März	»Tag von Potsdam«: Eröffnung des Reichstags ohne die 81 kommunistischen Abgeordneten.																
	24. März	Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich (»Ermächtigungsgesetz«): Die Reichsregierung darf – auch von der Verfassung abweichende – Reichsgesetze beschliessen. Allein die SPD (Wels) stimmt dagegen..																
	31. März	Vorläufiges Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich: Die Länderparlamente und die kommunalen Gremien werden ohne Wahl nach dem Stimmenverhältnis zur Reichstagswahl am 5. März 1933 neu gebildet; die auf Kommunisten entfallenden Sitze »werden nicht zugeteilt«; die Landesregierungen werden zu verfassungsändernden Landesgesetzen ermächtigt.																

1933	1. April	Die NSDAP ruft unter Leitung von Gauleiter Streicher zum Boykott der jüdischen Geschäfte auf. Die SA stellt Posten auf.
	7. April	Zweites Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich (»Reichsstatthaltergesetz«): Die Reichsstatthalter ernennen und entlassen die Landesregierungen. Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums: Entlassung der »Parteibuchbeamten«; Arierparagraph: Beamte nichtarischer Abstammung sind in den Ruhestand zu versetzen; Beamte können entlassen werden, wenn sie »nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, dass sie jederzeit rückhaltslos für den nationalen Staat eintreten«. Gesetz über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft: Die Zulassung von Anwälten nichtarischer Abstammung kann zurückgenommen werden.
	10. April	Papen als preussischer Ministerpräsident durch Göring ersetzt.
	25. April	Gesetz gegen die Überfüllung der deutschen Schulen und Hochschulen: Juden nur gemäss ihrem Bevölkerungsanteil zugelassen. Entwicklung geht darüber hinweg.
	26. April	Göring schafft in Preussen, neben der ordentlichen Polizei, die Gestapo. Bis Juni 1934 folgen alle Länder.
	1. Mai	»Tag der nationalen Arbeit«. Ankündigung der Reichsautobahnen.
	2. Mai	Die Gewerkschaften werden, trotz ihres wiederholten Angebots (20. 3. und 7. 4), sich den Zielen und der Aufsicht der Reichsführung zu unterstellen, zerschlagen. Ihr Vermögen übernimmt die »Deutsche Arbeitsfront«.
	6. Mai	Oberföhrer, im April als Fraktionsführer der Deutschnationalen abgelöst, wird tot aufgefunden.
	10. Mai	»Aktion wider den undeutschen Geist«: Studenten verbrennen »zersetzende« Literatur unter den anfeuernden Worten von Goebbels in Berlin und anderswo.
	19. Mai	Gesetz über Treuhänder der Arbeit: Sie regeln an Stelle der Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Vereinigungen die Lohntarife nach den Weisungen der Reichsregierung, womit Hitler sein Versprechen an die Industrie (20. 2. 1933) einlöst, den Klassenkampf auszuschalten.
	1. Juni	Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit: Beginn der »Arbeitsschlacht«. Vom 15. 2. bis 30. 11. geht die Zahl der Arbeitslosen, als Ergebnis vieler sinnvoller, zum Teil schon früher vorbereiteter Massnahmen, von 6 auf 3,7 Millionen zurück.
	22. Juni	Die SPD wird verboten, nachdem sie den Ausschluss ihrer Exil-Leitung in Prag (Wels) abgelehnt hat.
	25. Juni	Karl Barth beendet »Theologische Existenz heute!«: »Die Kirche ist die naturgemässe Grenze jedes, auch des totalen Staates.« Er will »Theologie treiben, als wäre nichts geschehen«.
	27. Juni	Reichswirtschaftsminister Hugenberg tritt zurück, nachdem tags zuvor Abgeordnete auch der DNVP verhaftet worden waren.
	14. Juli	Gesetz gegen die Neubildung von Parteien: »In Deutschland besteht als einzige politische Partei die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.« Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses (Sterilisierung). Gesetz über die Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche (»Reichsbischof«).
	20. Juli	Papen und Nuntius Pacelli (nachmals Pius XII.) unterzeichnen ein Reichskonkordat mit dem Heiligen Stuhl.
	23. Juli	Gemäss dem Gesetz vom 14. 7. wird die Reichssynode gewählt. Hitler spricht am Vorabend zugunsten der »Glaubensbewegung Deutsche Christen«, die die Mehrheit erlangt.
	13. September	Reichsnährstandsgesetz. Winterhilfswerk.
	21. September	Pfarrer Niemöller ruft, nachdem die Synoder der Altpreussischen Union am 5. 9. den Arierparagraphen angenommen hat, zur Bildung des »Pfarrernotbundes« auf. Keimzelle der »Bekennenden Kirche«.

1933	22. September	Reichskulturkammergesetz: Goebbels errichtet die Reichskulturkammer mit Reichspressekammer und Kammern für Schrifttum, Funk, Theater, Musik, Film und bildende Künste. Nur »zuverlässige« Personen können den Kammern angehören und damit den Beruf ausüben.
	27. September	Hitlers Vertrauensmann Ludwig Müller wird von der Reichssynode zum Reichsbischof gewählt.
	29. September	Reichserbhofgesetz.
	4. Oktober	Schriftleitergesetz: Arierparagraph; die Presse steht als »eine vom Staat geregelte öffentliche Aufgabe« unter »verbandsrechtlichem Schutz« und wird Goebbels unterstellt.
	14. Oktober	Austritt aus dem Völkerbund, zugleich Auflösung des Reichstags.
	12. November	Reichstagswahl und Volksabstimmung zur Billigung des Austritts aus dem Völkerbund: 95 % für die Regierungspolitik 92 % für die Einheitsliste.
	13. November	Sportpalastkundgebung der Deutschen Christen, die damit ihren Kulminationspunkt überschreiten. Absage an das Alte Testament und den Juden Paulus.
	1. Dezember	Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat: Die NSDAP erhält eigene Dienststrafgerichtsbarkeit. Hess, »Stellvertreter des Führers«, und Röhm, »Stabschef der SA«, werden Reichsminister.
	Dezember	Kardinal Faulhaber predigt in München an den Adventsonntagen und am Silvesterabend gegen »Kriegslust« und »Rassenwahn«.
1934	26. Januar	Deutsch-polnisches Verständigungsabkommen auf 10 Jahre.
	30. Januar	Der Reichstag beschliesst mit Zustimmung des Reichsrats das verfassungsändernde Gesetz über den Neuaufbau des Reiches: Die Volksvertretungen der Länder werden abgeschafft, die Hoheitsrechte der Länder gehen auf das Reich über. »Die Reichsregierung kann neues Verfassungsrecht setzen.«
	27. Februar	Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft: Rahmen für spätere Planwirtschaft.
	20. April	»Reichsführer SS« Himmler wird, nachdem er in anderen deutschen Ländern schon früher Kommandeur der politischen Polizei geworden war, Leiter der Preussischen Geheimen Staatspolizei unter Göring.
	22. April	Heydrich wird Chef des Preussischen Geheimen Staatspolizeiamtes.
	24. April	Errichtung des Volksgerichtshofs zur Aburteilung von Hoch- und Landesverrat.
	29. – 31. Mai	Die (erste) »Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche« in Barmen, staatsgesetzlich nicht autorisiert, »verwirft die falsche Lehre, als ob die Kirche ausser Jesus Christus auch noch andere Ereignisse als Gottes Offenbarung anerkennen könne« und »als solle der Staat die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden«.
	17. Juni	Papen hält in Marburg vor Studenten eine Rede gegen die totalitäre Politik, bekennt sich zu einem christlichen Europa, spricht aber auch von dem noch auszuübenden gewaltigen Amt des revolutionären Staatsmanns, die Übertreiber und Schänder des »gerechten Werks« hinter sich zu schleudern.
	30. Juni	Unter dem Vorwand der »Röhmrevolte« Mordaktion Hitlers, Görings und Himmlers zur Entmachtung der SA und Beseitigung von gefürchteten oder gehassten Gegnern. Insgesamt über 200 Opfer, darunter Röhm, Schleicher, Gregor Strasser; Klausener, Vorsitzender der Katholischen Aktion, und Jung, der Verfasser der Rede Papens vom 17. Juni.
	1. Juli	Die Wehrmacht dankt dem Führer.
	3. Juli	Gesetz über Massnahmen der Staatsnotwehr: »Die zur Niederschlagung hoch- und landesverräterischer Angriffe am 30. Juni, 1. und 2. Juli 1934 vollzogenen Massnahmen sind als Staatsnotwehr rechtens.«
	20. Juli	Die SS wird selbständige Organisation und übernimmt in der Folge die Aufsicht über die KZ-Lager.
	25. Juli	Aufstand der Nationalsozialisten in Wien; Ermordung des Bundeskanzlers Dollfuss. Die drohende Haltung Mussolinis verhindert deutsches Eingreifen.

1934	1. August	Gesetz über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches.
	2. August	Hindenburg stirbt. Die Reichswehr wird auf Hitler vereidigt. Er wird als »Führer und Reichskanzler« Staatsoberhaupt.
	19. August	Volksabstimmung mit Reichstagswahl. 89,9 % billigen die Massnahmen vom 2. August.
	September	Reichskirchliche Kommissare für die Landeskirchen von Bayern und Württemberg. Die Landesbischöfe Meiser und Wurm unter Hausarrest. Öffentliche Gegenbewegung und Legalitätsmangel lassen die Aktion scheitern. Wurm aus dem Hausarrest zu Hitler bestellt.
	19./20. Oktober	Zweite Bekenntnissynode in Berlin-Dahlem. Sie proklamiert das »kirchliche Notrecht« für die gesamte Deutsche Evangelische Kirche.
	20. November	Die »Bekennende Kirche« bildet ein kirchliches Gegenregiment, die »Vorläufige Kirchenleitung der Deutschen Evangelischen Kirche«.
	20. Dezember	Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniformen.
1935	13. Januar	Abstimmung im Saargebiet: 90,8 % für Rückgliederung nach Deutschland, 8,8 % für Status quo, 0,4 % für Frankreich.
	16. März	Deutschland sagt sich von den Rüstungsbeschränkungen des Versailler Vertrages los und führt die allgemeine Wehrpflicht ein.
	17. März	700 evangelische Pfarrer werden an diesem Wochenende (Heldengedenktag) eingesperrt.
	4.–6. Juni	Dritte Bekenntnissynode in Augsburg: »Warnst Du den Gottlosen nicht, so wird der Gottlose um Deiner Sünde willen sterben; aber sein Blut will ich von Deiner Hand fordern.«
	18. Juni	Deutsch-britisches Flottenabkommen: Stärkeverhältnis 35:100, U-Boote 45:100.
	27. Juni	Der auf Brüning zurückgehende freiwillige Arbeitsdienst wird für beide Geschlechter zur Pflicht gemacht.
	16. Juli	Kerrl Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten.
	15. September	Nürnberger Gesetze: Reichsbürgergesetz und Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre. Ehen mit Juden verboten, »Rassenschande« unter Strafe gestellt.
	24. September	Gesetz zur Sicherung der Deutschen Evangelischen Kirche. »Reichskirchenausschuss«; seine Beschwichtigungsaktion scheitert im Februar 1937.
	3. Oktober	Einmarsch der Italiener in Abessinien (Ende des Krieges am 5. Mai 1936). Hitlers Lieferungen machen die Sanktionsansätze der Völkerbundsmächte wirkungslos.
1936	10. Februar	Preussisches Gesetz über die Geheime Staatspolizei: Verfügungen in Angelegenheiten der Geheimen Staatspolizei unterliegen nicht der Nachprüfung durch die Verwaltungsgerichte. (Schon 1935 entschied das Preussische Oberverwaltungsgericht im gleichen Sinne.)
	17.–22. Februar	Vierte und letzte Bekenntnissynode in Oeynhausen; ohne die Bischöfe der »intakten« Landeskirchen bildet sich eine neue Vorläufige Kirchenleitung.
	7. März	Hitler lässt gegen die Warnung seiner Generale die entmilitarisierten Rheinlande besetzen. Der Bruch der Verträge von Versailles und Locarno bleibt ohne Folgen. Der Bau des Westwalls wird begonnen. Die Reichstagswahl am 29. März 1936 im Zeichen »der abgeschlossenen dreijährigen Politik der Wiederherstellung der nationalen Ehre und Souveränität des Reichs, verbunden mit dem aufrichtigen Bestreben nach einer wahren Völkerversöhnung und -verständigung auf der Grundlage gleicher Rechte und Pflichten« ergibt 98,8 % Stimmen für die Einheitsliste.
	28. Mai	Denkschrift der Vorläufigen Kirchenleitung an Hitler, am 4. Juni übergeben, am 23. Juli in den Basler Nachrichten abgedruckt, am 23. August in zahlreichen deutschen Kirchen verkündet. »Das evangelische Gewissen, das sich für Volk und Regierung mitverantwortlich weiss, wird aufs höchste belastet durch die Tatsache, dass es in Deutschland, das sich selbst als Rechtsstaat bezeichnet, immer noch Konzentrationslager gibt und dass die Massnahmen der Geheimen Staatspolizei jeder richterlichen Nachprüfung entzogen sind.«

1936	17. Juni	Himmler wird »Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern« mit Kabinettsrang.
	18. Juli	Beginn des Bürgerkriegs in Spanien (beendet 2. April 1939). Hitler und Mussolini unterstützen General Franco (»Legion Condor«), Frankreich und die Sowjetunion die Linksregierung.
	1. August	Eröffnung der Olympischen Spiele in Berlin.
	24. August	Zweijährige Wehrpflicht.
	8. September	»Reichsparteitag der Ehre«. Verkündung des Vierjahresplans. Er soll Deutschland autark machen. In einer geheimen Denkschrift verlangt Hitler gleichzeitig, dass in 4 Jahren die deutsche Wehrmacht einsatzfähig und die deutsche Wirtschaft kriegsbereit sei.
	25. Oktober	Geheimes deutsch-italienisches Protokoll. Mussolini: »Achse Berlin – Rom.«
	29. Oktober	Gesetz zur Durchführung des Vierjahresplans: Bestellung eines Reichskommissars für die Preisbildung. (26. November Preisstopp.)
	25. November	Deutschland und Japan schliessen einen Vertrag zur Abwehr der kommunistischen Internationale (»Antikominternpakt«).
	1. Dezember	Gesetz über die Hitlerjugend. Sie wird Staatsjugend.
	17. Dezember	Göring vor den Industriellen: »Wir stehen bereits im Krieg, es wird nur noch nicht geschossen.«
1937	14. März	Die päpstliche Enzyklika »Mit brennender Sorge« verurteilt den Götzenkult mit der Rasse, dem Volk, dem Staat, der Staatsform, den Trägern der Staatsgewalt.
	Juni	Verhaftungswelle gegen die Bekennende Kirche. (1. Juli Niemöller verhaftet, bis 1945 im KZ.)
	18. Juli	Eröffnung des »Hauses der Deutschen Kunst« in München. Neben Ausstellung »Entartete Kunst«: van Gogh, Corinth, Barlach, Picasso und viele andere.
	5. November	Hitler teilt den militärischen Spitzen und dem Aussenminister von Neurath seine Absicht mit, zunächst »Österreich und die Tschechoslowakei niederzuwerfen« und sodann, spätestens 1943/45, »die Lebensraumfrage im Osten zu lösen«. Blomberg, Fritsch, Oberbefehlshaber des Heeres, und Neurath äussern Bedenken gegen das alsbaldige Vorgehen (»Hossbach-Protokoll«, geheimgeblieben).
	6. November	Italien tritt dem Antikominternpakt bei und am 11. Dezember aus dem Völkerbund aus.
1938	12. Januar	Blomberg schliesst ungewarnt eine kompromittierende Ehe und muss am 27. Januar 1938 den Abschied nehmen.
	4. Februar	Fritsch wird wegen seines Widerstandes gegen Hitlers Angriffspolitik unter der erlogenen, Anfang März kriegsgerichtlich widerlegten, Beschuldigung homosexueller Verfehlungen entlassen, mit ihm eine Reihe von Generalen, die der Partei missliebig sind. Ersetzung des Kriegsministers durch ein Oberkommando der Wehrmacht unmittelbar unter Hitler.
	5. Februar	Neurath wird durch Ribbentrop ersetzt.
	12. März	Einmarsch in Österreich.
	13. März	Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich; er öffnet die ungeschützte Flanke der Tschechoslowakei. Sofort massierte Ausdehnung der reichsdeutschen Verfolgungsmassnahmen auf Österreich.
	10. April	Wahl zum Grossdeutschen Reichstag. »Ostmark« 99,7 %, »Altreich« 99,02 %.
	20. April	Der Oberkirchenrat der Altpreuussischen Union bietet Hitler den Beamteneid der Geistlichen an.
	26. April	Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden, erlassen auf Grund des Vierjahresplans.
	30. Mai	Hitler in einer Weisung an die Wehrmacht: »Es ist mein unabänderlicher Entschluss, die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit zu zerschlagen.«

1938	30. Mai	Generalstabschef Beck widersetzt sich in Denkschriften gegenüber dem Oberbefehlshaber des Heeres Brauchitsch diesem Plan. Er sieht die Gefahr eines allgemeinen Krieges, der mit einer Katastrophe für Deutschland enden werde. Brauchitsch bleibt passiv und leitet nicht die von Beck vorgeschlagene Generalsopposition in die Wege. Deshalb tritt Beck als Generalstabschef zurück. Sein Nachfolger Halder bereitet im Kontakt mit der Oppositionsgruppe im Auswärtigen Amt einen Staatsstreich vor.
	25. Juli	4. Verordnung zum Reichsbürgergesetz: Berufsverbot für alle jüdischen Ärzte (nur noch »Krankenbehandler« für jüdische Patienten).
	Sommer:	Württembergische Juden gründen in Palästina Shave-Zion.
	26. September	Hitler im Sportpalast: »Das Sudetenland ist die letzte territoriale Forderung, die ich in Europa zu stellen habe.«
	27. September	5. Verordnung zum Reichsbürgergesetz: Berufsverbot für alle jüdischen Rechtsanwälte (nur noch einige »Konsulenten«).
	29./30. September	Münchener Abkommen zwischen Hitler, Mussolini, Chamberlain und Daladier: Abtretung des Sudetenlandes. Hitler wird der sofortige Einmarsch gestattet (erfolgt am 1. Oktober). Sein Plan, in Prag einzumarschieren, ist vorläufig durchkreuzt, doch wirkt der friedlich erreichte Erfolg so, dass General Halder seinen Putschplan aufgibt.
	30. September	Friedensliturgie der Vorläufigen Kirchenleitung: »Herr, verschone uns mit Deinen Strafen.« Vier Landesbischöfe, auch Wurm, missbilligen alsbald die Liturgie »aus vaterländischen und religiösen Gründen«.
	5. Oktober	Verordnung über Reisepässe von Juden (neue Pässe mit Merkmal »J«).
	9. Oktober	Hitler erschreckt durch eine Rede in Saarbrücken, in der er verstärkte Aufrüstung ankündigt.
	28. Oktober	15 000 bis 17 000 Juden mit polnischen Pässen werden nach Polen abgeschoben, um der von Polen angekündigten Ausbürgerung zuvorzukommen. Sie bleiben aber im Niemandsland stecken und kommen nach Deutschland zurück.
	7. November	Herschel Grünspar ermordet in Paris den Legationssekretär Ernst vom Rath.
	9./10. November	»Reichskristallnacht«: Schwere Ausschreitungen gegen die Juden, von der obersten Parteileitung inszeniert. SA-Kommandos in Zivil verbrennen die Synagogen, zerstören die jüdischen Geschäfte. 30 000 Juden werden verhaftet.
	November	Domkapitular Lichtenberg, Berlin, betet in der Hedwigskirche in jeder Abendandacht öffentlich für die Juden. Verhaftet und verurteilt 1941, auf dem Transport in das KZ Dachau 1943 gestorben.
	12. November	Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschafts- und Kulturleben. Zwangsarisierung der letzten jüdischen Betriebe. Den Juden wird eine »Sühneleistung« von einer Milliarde Reichsmark auferlegt (später um ein Viertel erhöht).
	16. November	Der württembergische Pfarrer von Jan nennt in seiner Predigt zum Busstag die Verbrechen vom 9./10. November beim Namen. Er wird wegen Heimtücke und Kanzelmissbrauchs mit Gefängnis bestraft.
1939	30. Januar	Hitler prophezeit vor dem Reichstag für den Fall eines Weltkriegs die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.
	21. Februar	Die Juden müssen Schmuck und Tischsilber an die Pfandleihanstalten abliefern.
	14. März	Die Slowakei erklärt sich auf Veranlassung Hitlers für unabhängig.
	15. März	Staatspräsident Hacha wird in Berlin gezwungen, »das Schicksal des tschechischen Volkes und Landes vertrauensvoll in die Hände des Führers des Deutschen Reiches zu legen«. Die deutschen Truppen marschieren kampflos in die Tschechei und in die Slowakei ein.
	16. März	Hitler verkündet in Prag die Errichtung des »Protektorats Böhmen und Mähren«.
	23. März	Deutsche Truppen marschieren im Memelgebiet ein. Litauen stimmt der Rückgabe des Memelgebiets an das Deutsche Reich zu.
	31. März	Chamberlain gibt im Unterhaus eine Garantieerklärung für Polen ab.
	7. April	Einmarsch der Italiener in Albanien.

1939	11. April	Weisung Hitlers an die Wehrmachtsführung, den Angriff auf Polen für den 1. September vorzubereiten.
	14. April	Präsident Roosevelt fordert in einer Botschaft Mussolini und Hitler auf, keine weiteren Überfälle zu unternehmen, und schlägt eine internationale Konferenz vor. Beide lehnen den Vorschlag ab.
	27. April	England führt die allgemeine Wehrpflicht ein.
	28. April	Hitler kündigt das deutsch-britische Flottenabkommen und den deutsch-polnischen Verständigungspakt.
	18. Mai	Rückgliederung der 1920 an Belgien abgetretenen Gebiete von Eupen und Malmedy.
	22. Mai	Militärbündnis zwischen Hitler und Mussolini (»Stahlpakt«).
	18. Juli	Der evangelische Pfarrer Paul Schneider wird im KZ Buchenwald, nachdem er über ein Jahr aus dem Arrestbunker predigend das Mordregime angeklagt hat, durch den Lagerarzt getötet.
	19. August	Deutschland und die Sowjet-Union schliessen zur Überraschung der Welt ein Wirtschaftsabkommen.
	22. August	Chamberlain warnt Hitler brieflich, Grossbritannien werde der Garantiepflicht gegen Polen nachkommen.
	23. August	Nichtangriffspakt mit der Sowjet-Union. Geheimabkommen über die Aufteilung Polens und die Interessensphären im Osten.
	25. August	15.00 Uhr Angriffsbefehl für 26. August 4.00 Uhr. Die Unterzeichnung eines englisch-polnischen Bündnisvertrages wird bekanntgegeben. Mussolini macht Italiens Kriegsbeteiligung von unerfüllbaren Lieferforderungen abhängig und bietet sich zur Vermittlung an. 18.15 Uhr Angriffsbefehl zurückgenommen.
	26. August	Deutsche Mobilmachung. Daladier erklärt in einem Brief an Hitler, Frankreich werde seine Verpflichtungen gegen Polen einhalten.
	28. August	England bietet seine Vermittlung an.
	29. August	Hitler stellt in einer Verhandlung mit dem englischen Botschafter Henderson gemässigte Forderungen an Polen, verlangt aber, dass ein abschlussbevollmächtigter Vertreter Polens am 30. August in Berlin erscheine.
	30. August	Polnische Mobilmachung.
	1. September	4.45 Uhr: Deutsche Truppen fallen in Polen ein. Hinter der Truppe liquidieren »Einsatzgruppen« (gebildet aus SD und Sicherheitspolizei) Angehörige der polnischen Führungsschicht. Auf diesen Tag datiert Hitler die im Oktober unterzeichnete schriftliche Bestätigung des im Juli oder August mündlich gegebenen Auftrags, dass »unheilbar Kranken bei kritischster Beurteilung ihres Gesundheitszustandes der Gnadentod gewährt werden kann«.
	3. September	Grossbritannien und Frankreich erklären dem Deutschen Reich den Krieg.
	Mitte September	Hammerstein, Oberbefehlshaber der Armeegruppe A an der Westfront, will Hitler bei einem Besuch seines Hauptquartiers festnehmen lassen. Hitler sagt im letzten Moment ab.
	17. September	Die Sowjet-Union besetzt Ostpolen.
	25. – 27. September	Bombenangriffe auf Warschau.
	6. Oktober	Letzter polnischer Widerstand gebrochen.
	12. Oktober	»Generalgouvernement«. Wiederangliederung der 1918 an Polen verlorenen Gebiete. Beginn der Konzentration der polnischen Juden in Gettos. Erste Deportation von Juden aus Österreich und dem Protektorat nach Polen.
	21. Oktober	Deutsch-italienisches Abkommen betreffend Umsiedlung aus Südtirol.
	8. November	Hitler entgeht im Bürgerbräukeller in München der von dem Tischler Georg Elser eingebauten Höllenmaschine. Die Propaganda beschuldigt den britischen Nachrichtendienst; zwei seiner Offiziere werden aus Venlo entführt.

1939	November	Putschvorbereitungen mehrerer Generale für den Fall des Befehls zur Westoffensive. Hitler verschiebt den Angriff.
	23. November	Hitler an die Oberbefehlshaber: »Ich habe mich zum anderen Weg entschlossen: Anpassung des Lebensraums an die Volkszahl.«
1940	13. Februar	Deportation der Juden aus Stettin nach Lublin.
	14. März	Reichsstatthalter Greiser ordnet eine Neuregelung des Rechtsstatus der Kirche im Reichsgau Wartheland an. Die Kirchen sind nur noch Vereine. Sie dürfen kein Eigentum haben. Nur Volljährige dürfen Mitglieder werden. Die Klöster werden aufgelöst.
	9. April	Deutsche Truppen besetzen Dänemark und landen in Norwegen.
	10. Mai	Die deutsche Westoffensive beginnt. Luftlandungen in Holland und Belgien.
	13. Mai	Die Maginot-Linie bei Sedan durchstossen (»Sichelschnitt«). Entscheidender Erfolg der Hitlerschen Strategie.
	14. Mai	Zerstörung eines Teils der Altstadt von Rotterdam durch Luftangriff.
	15. Mai	Das holländische Heer kapituliert.
	26. Mai–4. Juni	Zwei Drittel des englischen Heeres und 123 000 französische Soldaten, zusammen 338 000 Mann, entkommen bei Dunkirchen.
	27. Mai	Der belgische König kapituliert.
	17. Juni	In Frankreich bildet sich unter Marschall Pétain ein neues Regime (»Etat Français«).
	18. Juni	General de Gaulle bildet in London das »Nationalkomitee der Freien Franzosen«.
	22. Juni	Deutsch-französischer Waffenstillstand.
	8. Juli	Vormundschaftsrichter Kreyssig in Brandenburg erstattet wegen der Tötung geisteskranker Mündel gegen Reichsleiter Bouhler Anzeige. Er wird zwangspensioniert.
	19. Juli	Landesbischof Wurm schreibt in derselben Sache an den Reichsminister des Innern.
	31. Juli	Hitler verkündet den Generalen den Entschluss zum Angriff auf Russland für Frühjahr 1941.
	Sommer	Um den Grafen Helmut James von Moltke bildet sich aus konservativen Gewerkschaftlern, katholischen und evangelischen Geistlichen der »Kreisauer Kreis«, der auf der Grundlage des Christentums eine »europäische Völkergemeinschaft« aufbauen will. Fast alle Mitglieder des Kreises, darunter P. Alfred Delp, S. J., werden dafür nach dem 20. Juli 1944 hingerichtet.
	22.–27. Oktober	Deportation von 6500 badischen und pfälzischen Juden ins unbesetzte Frankreich im Zusammenhang mit dem Madagaskar-Plan (Grossgetto mit 4 Millionen Juden als Unterpfand gegenüber den amerikanischen Juden).
	28. Oktober	Italienische Truppen fallen aus Albanien in Griechenland ein, werden aber zurückgeschlagen.
	Oktober/November	Der Versuch, die Luftherrschaft über England zur Vorbereitung der Invasion zu erringen, scheitert.
	14.–19. November	Deutsche Luftangriffe auf Coventry und Birmingham.
	18. Dezember	Weisung Hitlers für den Russlandkrieg: Russland müsse im Jahre 1941 besiegt werden, da die USA von 1942 an in der Lage sein würden, in den Krieg einzugreifen.
1941	6. Februar	Nachdem die Italiener in Nordafrika von den Briten geschlagen sind, wird ein deutsches Afrika-Korps unter General Rommel aufgestellt.
	11. März	Das »Pacht- und Leihgesetz« ermächtigt Roosevelt, den kriegführenden Mächten Material zu liefern.
	6. April	Angriff auf Jugoslawien und Griechenland: Im Hinblick auf den Russlandfeldzug sollen die Südostflanke und die rumänischen Ölquellen gesichert werden.
	17. April	Jugoslawien kapituliert.
	21. April	Die griechische Armee kapituliert.

1941	10. Mai	Rudolf Hess, Reichsminister, »Stellvertreter des Führers«, fliegt heimlich nach Schottland, in der Vorstellung, er könne die britische Regierung zum Friedensschluss und zum gemeinsamen Kampf gegen die Sowjet-Union bewegen. Er wird als Kriegsgefangener behandelt.
	20. – 27. Mai	Eroberung Kretas durch deutsche Luftlandetruppen.
	22. Juni	»Unternehmen Barbarossa«: Beginn des Angriffs auf die Sowjet-Union. Italien, Rumänien, Ungarn, die Slowakei und Finnland beteiligen sich. Das OKW erlässt auf Anordnung Hitlers den Befehl, die sowjetischen politischen Kommissare, obwohl sie zur Truppe gehören, zu töten. (Von den Armeeführern sabotiert.) Einsatzgruppen exekutieren bis April 1942 mehr als eine halbe Million »rassisch und politisch unerwünschter Elemente«.
	12. Juli	Grossbritannien und die Sowjet-Union schliessen ein Bündnis und verpflichten sich, keinen Sonderfrieden einzugehen.
	31. Juli 3. August	Befehl Görings an Heydrich zur »Endlösung der Judenfrage«. Der Bischof von Münster, Graf Galen, predigt gegen die Tötung Geisteskranker.
	14. August	Atlantik-Charta: Churchill und Roosevelt verkünden, dass ihre Länder keine Vergrösserung durch den Krieg anstreben. Gebietsänderungen nur nach dem frei ausgedrückten Willen der Bevölkerung; Recht aller Völker, die Regierungsform zu wählen, unter der sie leben wollen. Die Sowjet-Union tritt am 24. September der Erklärung bei und bekennt sich zum »Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Nationen«.
	24. August	Hitler ordnet die Einstellung der Massentötung von Anstaltsinsassen an. Bis dahin sind über 70 000 Menschen getötet worden.
	27. August	Geheimerlass Himmlers, wonach »sämtliche hetzerischen Pfaffen ... und ähnliches Gesindel grundsätzlich auf längere Zeit einem Konzentrationslager zugeführt« werden sollen. (Bis 1945 werden im Reich und in den besetzten Gebieten mehr als 4000 katholische Priester umgebracht.)
	1. September	Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden: Judenstern ¹ (im Generalgouvernement schon seit 23. November 1939). In Dänemark unterbleibt die Einführung des Judensterns, nachdem der König erklärt hat, er werde ihn mit seiner ganzen Familie tragen.
	3. September	Erster Massenmord mit Giftgas (Zyklon B) in Auschwitz.
	Oktober	Beginn der planmässigen Judendeportationen aus dem Reich nach dem Osten.
	25. November	11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz: Ausbürgerung und Enteignung der ausgewanderten und deportierten Juden.
	4. Dezember	Polenstrafrechtsverordnung. Polen und Juden in den eingegliederten Ostgebieten werden unter Sonderstrafrecht gestellt. Die Todesstrafe trifft schon den, der das deutsche Ansehen herabsetzt.
	7. Dezember	Japanischer Überfall auf die amerikanische Flotte in Pearl Harbour. Geheimerlass Hitlers (»Nacht- und Nebelerlass«) gegen den zunehmenden Widerstand in den besetzten Gebieten: »Eine wirksame und nachhaltige Abschreckung ist nur durch Todesstrafen oder durch Massnahmen zu erreichen, die die Angehörigen und die Bevölkerung über das Schicksal des Täters im Ungewissen halten. Diesem Zwecke dient die Überführung nach Deutschland.«
	8. Dezember	Der Angriff auf Moskau, von Hitler verspätet befohlen, muss abgebrochen werden. Erfolgreiche Gegenoffensive der Roten Armee.
	11. Dezember	Deutschland erklärt den Vereinigten Staaten den Krieg.
	19. Dezember	Hitler entlässt Brauchitsch, Oberbefehlshaber des Heeres, und übernimmt selbst den Oberbefehl.
1942	20. Januar	Wannseekonferenz des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, Heydrich, mit den Vertretern der »zuständigen« Reichs- und Parteistellen. Zweck: Mitwirkung der Verwaltungsmaschinerie bei der »Endlösung« der Judenfrage.

¹ Reichsgesetzblatt Teil 1, Seite 547. Die Verordnung ist am 19. 9. 1941 in Kraft getreten. – (Alle Anmerkungen d. Red. d. FR).

1942	Frühjahr	Beginn der Gettoliquidationen. Errichtung von Gaskammern in den Vernichtungslagern.
	21. März	Erlass des Führers über einen Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz. Gauleiter Sauckel erhält Auftrag, alle noch unausgenutzten Arbeitskräfte im Reich und in den besetzten Gebieten zu mobilisieren.
	22. März	Hirtenbrief der deutschen katholischen Bischöfe: Eintreten nicht nur für die religiösen und priesterlichen Rechte, sondern ebenso für die Menschenrechte. »Ohne sie muss die gesamte westliche Kultur zusammenbrechen. Jedermann hat das Recht auf persönliche Freiheit... Wir erheben Einspruch gegen deren Missachtung. Wir fordern juristische Beweise für alle Urteile... Jedermann hat das natürliche Recht auf Leben. Gott ist der einzige Herr über Leben und Tod.«
	26. April	Der Reichstag bestätigt, dass Hitler das von ihm in Anspruch genommene Recht besitzt, »alles zu tun, was zur Erringung des Sieges dient oder dazu beiträgt«. Er darf, »ohne an bestehende Rechtsvorschriften gebunden zu sein«, als »oberster Gerichtsherr« auch unmittelbar in die richterliche Gewalt eingreifen.
	17. Mai	Beginn der deutschen Offensive in Südrussland.
	19. Juli	Befehl Himmlers, das Generalgouvernement bis 31. Dezember 1942 »judenrein« zu machen; ergänzt durch den Erlass Keitels, Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, vom 1. 9. 1942, jüdische Arbeitskräfte durch Polen zu ersetzen. Die Rüstungsbetriebe und Judenlager der Wehrmacht gehen auf die SS über.
	2. September	Die Wolga nördlich von Stalingrad erreicht.
	3. November	El Alamein; Beginn des Rückzugs in Nordafrika.
	7./8. November	Die Alliierten landen in Französisch-Nordafrika.
	23. November	Die 6. Armee im Raum Stalingrad eingeschlossen. Hitler verbietet den Ausbruch.
	13. Dezember	Hirtenbrief des Bischofs von Berlin, Graf von Preysing: ... »Wer immer Menschenantlitz trägt, hat Rechte, die ihm keine irdische Gewalt nehmen darf. Es ist ein Ruhmesblatt in der Geschichte der Menschheit, dass das Recht der Fremden sich immer mehr entwickelt hat, dass das Völkerrecht diese Rechte näher umgrenzt und festlegt. All die Urrechte, die der Mensch hat, das Recht auf Leben, auf Unversehrtheit, auf Freiheit, auf Eigentum, auf eine Ehe, deren Bestand nicht von staatlicher Willkür abhängt, können und dürfen auch dem nicht abgesprochen werden, der nicht unseres Blutes ist oder nicht unsere Sprache spricht« ...
	Winter	Attentatsplan des Wirtschaftsjuristen v. Halem, auszuführen durch einen alten Nationalsozialisten Beppo Römer; wird verraten.
1943	14. – 25. Januar	Konferenz von Casablanca: Roosevelt verlangt von Deutschland die »bedingungslose Kapitulation« und erschwert dadurch den geheimen Kampf der Widerstandsgruppen gegen Hitler.
	31. Januar	Generalfeldmarschall Paulus kapituliert im Südkessel von Stalingrad.
	18. Februar	Die Geschwister Scholl und ihre Freunde rufen in Flugblättern die Studenten der Universität München zum Widerstand gegen den Unrechtsstaat auf (22. Februar hingerichtet).
	13. März	Oberst v. Tresckow und Oberleutnant v. Schlabrendorff schmuggeln eine Zeitbombe in Hitlers Flugzeug. Sie entzündet sich nicht.
	21. März	Oberst v. Gersdorff will sich mit Hitler bei der Besichtigung von Beutestücken im Berliner Zeughaus in die Luft sprengen. Hitler verlässt die Ausstellung vorzeitig.
	19. April – Mitte Mai	Warschauer Gettoaufstand. 50 000 Juden finden den Tod.
	5. – 15. Juli	Letzte deutsche Offensive im Osten. Abwehrrschlachten und Rückzüge.
	10. Juli	Die Alliierten landen auf Sizilien.
	16. Juli	Landesbischof Wurm bittet »im Namen Gottes« die Reichsregierung, der Verfolgung und Vernichtung ohne gerichtliches Urteil zu wehren. Die gegen die Nichtarier ergriffenen und beabsichtigten Vernichtungsmassnahmen »stehen im schärfsten Widerspruch zu dem Gebot Gottes. Die deutsche Christenheit beklagt... die Festhaltung von durchaus ehrenhaften Persönlichkeiten in Konzentrationslagern... Nichts und niemand... soll uns hindern, ... als Christen einzutreten für das, was Recht ist vor Gott.«
	25. Juli	Mussolini tritt zurück; der König lässt ihn verhaften.

1943	8. September	Bekanntgabe des von einer neuen italienischen Regierung mit den Alliierten geschlossenen Waffenstillstands.
	12. September	Mussolini wird von einem SS-Sonderkommando auf dem Gran Sasso befreit. Er wird »Staatschef« der »Italienischen Sozialen Republik«; Judenverfolgung nach deutschem Vorbild auch in deren Gebiet.
	13. Oktober	Das Königreich Italien erklärt Deutschland den Krieg.
	16./17. Oktober	Die Altpreuussische Bekenntnis-Synode in Breslau erlässt ein »Wort zum 5. Gebot« gegen Tötung von Geisteskranken und Juden.
	10. November	Drei katholische und ein evangelischer Pfarrer von Lübeck werden hingerichtet, weil sie nach Verabredung in Predigten und Flugblättern auf die Taten des Dritten Reichs und die Lügenhaftigkeit der Goebbelspropaganda hingewiesen hatten.
	November	Junge Offiziere, die Hitler neue Uniformen vorführen sollen, sind bereit, sich mit Handgranaten auf Hitler zu stürzen. Hitler sagt wegen eines Luftangriffs ab.
1944	Januar	Die Rote Armee erreicht die ehemalige polnische Ostgrenze.
	Frühjahr	Massendeportation griechischer und ungarischer Juden nach Auschwitz.
	17. April	Der katholische Pfarrer Max Josef Metzger, Gründer der Una Sancta-Bewegung, wird hingerichtet, weil er es 1942 unternommen hatte, den Bischof von Uppsala für die Vermittlung eines erträglichen Friedens zu gewinnen.
	4. Mai	Dietrich Bonhoeffer, in Konsequenz seiner Theologie der Nachfolge den Umsturz planend, 1942 deswegen über den Bischof von Chichester an Churchill herangetreten, wird verhaftet. Am 9. April 1945 im KZ Flossenbürg gehängt.
	6. Juni	Landung der Alliierten in Nordfrankreich.
	13. Juni	London zum ersten Mal durch die »Vergeltungswaffe« Rakete V 1 beschossen.
	22. Juni	Sowjetische Offensive führt zum Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte und des Südflügels.
	20. Juli	Stauffenbergs Attentat im Führerhauptquartier. Der Versuch eines Staatsstreichs unter Einsatz des Ersatzheeres scheitert. Gründe des Fehlschlagens: 1) Die militärische Verschwörergruppe in der Bendlerstrasse (Befehlsspitze des Ersatzheeres in Berlin) lässt die Zeit zwischen Attentat und Eintreffen Stauffenbergs ungenützt verstreichen. Erst dieser löst den »Walküre«-Befehl aus. 2) Es ist keine Verabredung getroffen, was geschehen soll, wenn die Bombe explodiert, aber Hitler nicht tötet. Der Nachrichtenverkehr mit dem Führerhauptquartier wird deshalb nicht unterbrochen. 3) Die Verschwörer haben sich auf den Gehorsam der Truppe gegenüber jedem Befehl ihrer Führer verlassen und die Möglichkeit selbständigen Handelns (Major Remer, Kommandeur des Berliner Wachbataillons) nicht bedacht. Sie haben die Haltung der nicht eingeweihten, aber zu der Aktion herangezogenen jungen Offiziere z. B. in der Nachrichtenzentrale der Bendlerstrasse, nicht geprüft. Von solchen wird der Staatsstreich sabotiert. 4) Die Verschwörer unterlassen aus Sorge vor einem Bürgerkrieg Gewalthandlungen von endgültigem Charakter: Erstürmung des Gestapo-Quartiers, Standgerichte. Generaloberst Beck, zum Reichsverweser bestimmt, nimmt sich das Leben. Stauffenberg und 3 andere Offiziere werden standrechtlich erschossen. Wegen ihrer Beteiligung am Aufstand werden in der Folge etwa 200 Personen hingerichtet, darunter der als Reichskanzler vorgesehene Goerdeler (vormals Oberbürgermeister von Leipzig), die als Minister bestimmten Verschworenen v. Hassell (Äusseres; fr. Botschafter in Rom), Leber (Inneres; fr. Arbeiterführer und SPD-Abgeordneter), Wirmer (Justiz; Rechtsanwalt und katholischer Politiker), Lejeune-Jung (Wirtschaft; Syndikus und fr. deutschnationaler Abgeordneter), Popitz (Finanz; Preussischer Finanzminister), Bolz (Kultus; bis 1933 württembergischer Staatspräsident, Zentrum) und Generalfeldmarschall v. Witzleben, der den Oberbefehl über die Wehrmacht übernehmen sollte.
	23. Juli	Generalrichter Lueben erschießt sich vor der ihm obliegenden Verkündung der Todesurteile gegen vier Stettiner Priester.
	25. August	General v. Choltitz übergibt Paris. Rumänien scheidet nach Besetzung durch die Rote Armee aus dem Krieg aus. Bis Jahresende folgen Bulgarien, Jugoslawien und Ungarn.

1944	11. September	Die Alliierten erreichen die deutsche Reichsgrenze bei Trier.
	25. September	Erllass Hitlers über die Bildung des »Deutschen Volkssturms«. Er wird aus allen waffenfähigen Männern von 16 – 60 Jahren gebildet.
	November	Letzte Judenvergasung in Auschwitz.
1945	4.–11. Februar	Konferenz von Jalta; Festlegung der Besatzungszonen und der Oder-Neisse-Linie.
	13./14. Februar	Englischer Luftangriff auf Dresden.
	7. März	Rheinübergang der Amerikaner bei Remagen.
	19. März	Führerbefehl »Verbrannte Erde« (»Nero-Befehl«): »Alle militärischen Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen sowie Sachwerte innerhalb des Reichsgebietes, die sich der Feind für die Fortsetzung seines Kampfes irgendwie sofort oder in absehbarer Zeit nutzbar machen kann, sind zu zerstören.« Vorausgegangen waren die Befehle vom 1. 8. 1944: »Die ganze Stadt (Warschau) ist dem Erdboden gleich zu machen«; vom 23. 8. 1944: »Paris ist in ein Trümmerfeld zu verwandeln«; und vom 14. 9. 1944: »Auch auf deutschem Gebiet sind alle Einrichtungen, die dem vorrückenden Gegner irgendwie von Nutzen sein könnten, zu zerstören.« Der »Nero-Befehl« wird am 23. 3. 1945 durch Reichsleiter Bormann ergänzt: Vernichtung aller Lebensmittelvorräte; die Bevölkerung ist nach Mitteldeutschland zu evakuieren. Den Befehlen wird wirksamer Widerstand geleistet (Reichsminister Speer).
	20. April	Die Russen erreichen Berlin; Übergabe am 2. Mai.
	25. April	Amerikanische und russische Truppen treffen sich bei Torgau.
	30. April	Selbstmord Hitlers.
	7. Mai	Bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht in Reims und am 9. Mai in Berlin-Karlshorst.
	5. Juni	Die vier Siegermächte übernehmen die Regierungsgewalt in Deutschland. Gesamtverluste an Toten im Zweiten Weltkrieg 50 bis 55 Millionen. Zahl der getöteten deutschen Soldaten 3 250 000, der deutschen Zivilisten ebenfalls 3 250 000, der Juden in Europa ² 5 721 500.

² In: Blackbook of localities whose jewish population was exterminated by the nazis. Yad Vashem. Jerusalem 1945. 440 Seiten (s. p. X).

11 Rundschau

1 Juden und Christen auf dem XV. Deutschen Evangelischen Kirchentag

Düsseldorf, 27. Juni bis 1. Juli 1973

Für diese Dokumentation entnehmen wir aus »Emuna« mit freundlicher Genehmigung von Dr. Willehad P. Eckert OP seinen Bericht »Nicht vom Brot allein«¹. Über die eindrucksvolle Bibelarbeit im Rahmen der Arbeitsgruppe 5 (*Ökumenisch leben*) bringen wir den Wortlaut des Gesprächs von Edna Brocke M. A. (jüdisch) und Pfarrer Gerhard Bauer (evangelisch) und stellen diesem den dabei zugrunde gelegten Psalm 73 voran. Ferner geben wir den Wortlaut der im Rahmen der Arbeitsgruppe 1 (*Glauben*) behandelten Referate wieder von Landesrabbiner Professor Dr. Cuno Lehmann und von Pro-

fessor Dr. Jan Milic Lochmann (evangelisch): »Normen im Wandel – Die zehn Gebote«. Den Wortlaut verdanken wir den Publikationen des Kreuz-Verlages mit den Vorträgen, Ansprachen und Bibelarbeiten vom Kirchentag². Es folgen die im Anschluss an die Diskussionen entstandenen Resolutionen. Schliesslich bringen wir den Text des am Mittwoch, dem 27. Juni, gehaltenen ökumenischen jüdisch-christlichen Gottesdienstes sowie die dort gehaltenen Ansprachen von Bischof Dr. Bernhard Stein, Trier, Bischof Dr. Kurt Scharf, Berlin, und Landesrabbiner N. P. Levinson, Heidelberg, sowie seine in der Synagoge beim Sabbat-Gottesdienst gehaltene Predigt.

² S. u. S. 159.

I »Nicht vom Brot allein«¹

Von Dr. Willehad Paul Eckert OP, Köln

Der Düsseldorfer Kirchentag war anders als die vorhergehenden Kirchentage strukturiert. Seiner Konzeption

nach sollte er von der Basis aufgebaut werden. Statt der alten Gruppen sollten neue Gruppen entstehen, die sich um die Mitarbeit in sechs Arbeitsgruppen bewerben sollten. Die Themen dieser sechs Arbeitsgruppen lauten: 1. Worauf ist Verlass? (Glauben) – 2. Privater Wohlstand/